

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG | UNABHÄNGIG – SEIT 1802 – ÜBERPARTEILICH

AM WOCHENENDE

Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020 **Kölner Stadt-Anzeiger**

Nr. 273 - SEN - Einzelpreis 2,20 €



Rentner als Drogenhändler

In einer Halle in der Eifel entdecken Fahnder Cannabis im Millionenwert. Der älteste Festgenommene ist 76 Jahre alt

» NRW Seite 3

Mehr rechte Verdachtsfälle bei der Polizei

Zahl in NRW steigt – Großteil wohl nicht strafrechtlich relevant

Köln/Düsseldorf. Die Zahl der rechtsextremen Verdachtsfälle in der NRW-Polizei ist erneut gestiegen: Mittlerweile gehe man 171 Hinweisen nach, die insgesamt 169 Beschäftigte betreffen, hieß es am Freitag aus dem Innenministerium.

134 davon wurden an Staatsanwaltschaften zur rechtlichen Bewertung übermittelt. Die Mehrzahl der bereits geprüften Fälle indes hat nach Informationen dieser Zeitung keine strafrechtliche Relevanz: So seien bisher 35 Verfahren gegen Beamte angelaufen, in 66 Fällen allerdings gar nicht erst aufgenommen worden. 33 Fälle werden noch untersucht. Liegt keine strafrechtliche Relevanz vor, gibt es für eine Behörde immer noch die Möglichkeit eines Disziplinarverfahrens. (jl)

» Dossier Seite 20,21

Merkel soll EU-Streit lösen

Berlin/Brüssel. Nach einem EU-Video Gipfel ohne Durchbruch im Haushaltsstreit mit Ungarn und Polen ist es nun an Kanzlerin Angela Merkel, einen Ausweg zu suchen. Als EU-Vorsitz werde Deutschland alle Optionen ausloten, sagte die CDU-Politikerin. „Da stehen wir ganz am Anfang.“

Ungarn und Polen hatten ihr Veto gegen einen zentralen Haushaltsbeschluss eingelegt und die Gemeinschaft in die Krise gestürzt. Sie stoßen sich an einer Klausel zur Kürzung von Geldern bei bestimmten Rechtsstaatsverstößen in den Empfängerländern. (dpa)

» Leitartikel Seite 4

Bund plant weitere Einschnitte – Distanzunterricht in Oberstufe?

NRW signalisiert Zustimmung zu neuen Wechselmodellen an Schulen

VON EVA QUADBECK, DANIELA VATES, ALEXANDER HOLECEK UND GERHARD VOOGT

Berlin. Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, beim nächsten Bund-Länder-Gipfel zur Corona-Krise am Mittwoch weitere Beschränkungen zu beschließen und dabei vor allem die Schulen in den Blick zu nehmen. „Was wir für den November beschlossen haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Redaktionsnetzwerk Deutschland). „Deswegen müssen wir sehen, wo wir weitere Kontakte reduzieren können.“

Esgelte vor allem, die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei“, sagte Braun. „Vor allem in den weiterführenden Schulen muss alles getan werden, um die Abstandsregeln einzuhalten. An diesem Punkt gilt es anzusetzen. Darüber werden wir am Mittwoch mit den Ministerpräsidenten sprechen.“ Braun schlug vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Suche nach großen Unterrichtsräumen außerhalb der Schulgelände zu suchen: „In größeren Räumen lassen sich Abstandsregeln leichter einhalten. Wo es die in den Schulen nicht gibt, lässt sich in Bürgerhäuser und Kinosäle ausweichen. Ältere Schüler ließen sich ins Homeschooling schicken.“

Auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zeigte sich offen für neue Modelle in der Bildungspolitik. So müsse man über das Distanzlernen von Berufsschülern und in den Oberstufen nachdenken, sagte der CDU-Politiker den „Stuttgarter Nachrichten“. Wechselmodelle seien bei Oberstufenschülern „sicherlich einfacher zu organisieren als bei jüngeren Kindern“, erläuterte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Claudia Schlottmann, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Franziska Müller-Rech, Schulexpertin der FDP im Landtag, sagte dieser Zeitung: „Wenn Schulen wegen erhöhter Infektionszahlen in ein Wechselmodell oder den Distanzunterricht gehen müssen, bietet es

sich an, mit den Oberstufenschülern zu starten.“

Kanzleramtsminister Braun betonte, am Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100.000 Einwohner als Orientierungsmarke für eine Lockerung solle festgehalten werden. „Der bleibt unser Ziel“, sagte Braun. Die Zahl der Corona-Neuinfektionen erreichte am Freitag mit 23.648 einen Höchststand.

Gericht kippt Quarantänepflicht

Das Oberverwaltungsgericht in Münster kippte die in der Corona-Einreiseverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelte Quarantänepflicht für Auslands-

rückkehrer aus Risikogebieten. Nach Ansicht des Gerichts hat das Land nicht berücksichtigt, dass Reisende bei der Rückkehr aus Ländern mit geringeren Infektionszahlen als an ihrem Wohnort nach der Heimkehr einem höherem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Somit sei die Quarantäne aktuell kein geeignetes Mittel zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Deutschland.

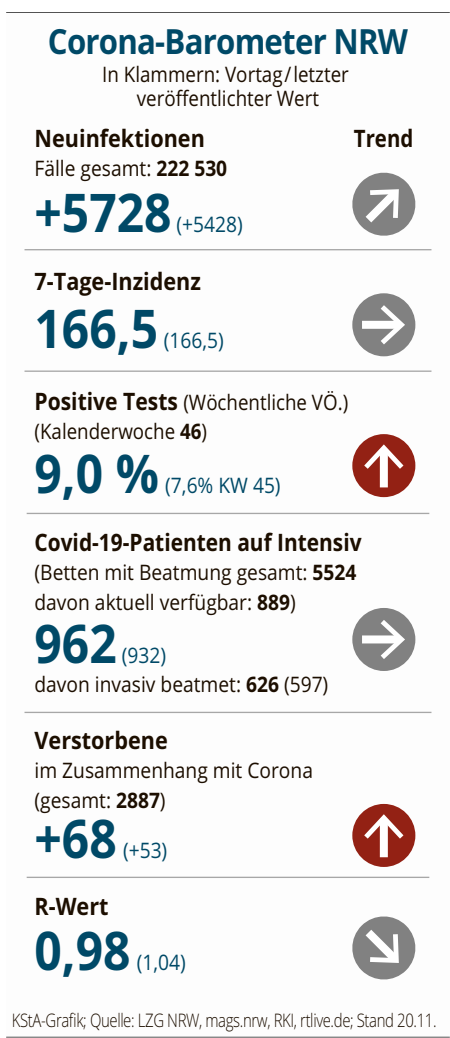
Böllerverbot in Kölner Altstadt

In der Kölner Altstadt wird in der Silvesternacht ein generelles Böllerverbot gelten. Damit wolle die Stadt dort Feiern und größere Menschenansammlungen zum Jahreswechsel vermeiden, sagte OB Henriette Reker am Freitag nach der Sitzung des Corona-Krisenstabs. Zudem werde – ähnlich wie vor dem 11.11. – eine Öffentlichkeitskampagne vorbereitet, die die Menschen zum „verantwortungsvollen Feiern“ animieren solle, so Reker. Für den Rest der Stadt wolle sie das Böllern nicht verbieten. Stattdessen rechne sie damit, dass die bislang geltenden Maßnahmen in den Dezember verlängert werden. In dem Fall würde auch ein Alkoholverbot an Silvester gelten. In den vergangenen Jahren war schon in der direkten Domumgebung das Böllern verboten. Die Stadt reagierte damit auf die verheerende Silvesternacht 2015/2016, wo an gleicher Stelle hundertfach Frauen unter anderem sexuell belästigt worden waren.

Impfstoff-Zulassung beantragt

Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer wollen bis zum Wochenende bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragen, wie beide am Freitag mitteilten. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. „Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“, sagte eine Sprecherin von Biontech in Mainz. Falls der Wirkstoff zugelassen werde, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA Mitte bis Ende Dezember mit dem Impfstoff versorgt werden. (mit dpa)

» Seiten 6, 25 und 26



KStA-Grafik; Quelle: LZG NRW, mags.nrw, RKI, rtlive.de; Stand 20.11.

Anzeige

RHEINTAL QUARTIER

Planen Sie jetzt Ihre Eigentumswohnung.
Buchen Sie Ihren Beratungstermin direkt online.

Weitere Infos auf www.rheintalquartier.de
Ein Projekt der BR Projektentwicklung GmbH

„KEINE RAMPENSAU“

Luke Mockridge
wechselt ins
Schauspielfach
» Medien Seite 22

EUSKIRCHEN/EIFEL

BRANDSTIFTUNGEN

Ein Schlag ins Gesicht der Feuerwehr

Nachdem ein 22-jähriger gestanden hat, 15 Brände in Iversheim gelegt zu haben, ist die Bestürzung, das Unverständnis und auch die Wut in der Feuerwehr groß. Denn es handelt sich um einen aus den eigenen Reihen, der gezündelt hat. » Seite 35

NACHRICHTEN

1. FC KÖLN

Aehlig geht zu Red Bull

Kaderplaner Frank Aehlig verlässt den 1. FC Köln und wechselt zum 1. Juli 2021 zu Red Bull Global Soccer. Dort soll er die Nachfolge von Ralf Rangnick als Head of Development antreten. » Sport Seite 17

RHEINLAND-WETTER

Morgens	Mittags	Abends
4°	8°	8°
min/max am Tag	2° / 9°	
min in der Nacht	5°	

SO ERREICHEN SIE UNS

Abonnenten-Service:
0221 / 925 864 20
Telefonische Anzeigenannahme:
0221 / 925 864 10
E-Mail:
ksta-redaktion@dumont.de
Kontakt:
Amsterdamer Str. 192
50735 Köln
Telefon: **0221 / 224-0**
Fax: **0221 / 224-2524**

www.ksta.de
 twitter.com/ksta_koeln



Fotos: Getty Images, Imagol Images / Chris Emil Jansen, Polizei Aachen